

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 158 (1992)
Heft: 10

Rubrik: Bericht aus dem Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auf Armee 95 folgt EMD 95

Der sicherheitspolitische Auftrag steht im Zentrum – er soll mit leistungsfähigen, wirtschaftlichen und bürgernahen Strukturen unterstützt werden. Unter dieser Leitidee steht die geplante Departementsreform für das EMD 95. An einem zweitägigen Seminar unter der Leitung von Bundesrat Kaspar Villiger hat der Leitungstab des Eidgenössischen Militärdepartements im August die Vorgaben für die Weiterführung des Reformprozesses definiert. Teilnehmer am Seminar waren die Mitglieder des Leitungstabs sowie eine vom früheren Rüstungschef, **Dr. Felix Wittlin**, geleitete Arbeitsgruppe mit internen und externen Fachleuten. In der gegenwärtigen Phase geht es um eine **unvoreingenommene Strukturdiskussion** ohne Tabus.

Sicherheitspolitik ist ein dynamischer Prozess. Der Bundesrat hat im Sicherheitsbericht 90 den markanten Wandel umgesetzt und der Armee neben dem Verteidigungsauftrag weitere Aufgaben zugewiesen: Existenzsicherung, Katastrophenhilfe und Friedensförderung. Die Armee reform trägt der neuen Lage Rechnung: die Armee 95 wird kleiner und multifunktional. Sie muss ihre Aufträge einzeln, gestaffelt oder gleichzeitig erfüllen können. Diese Entwicklung erfordert auch eine grundsätzliche Reform des Departements. **Zeithorizont** der Departementsreform: spätestens bei abgeschlossener Realisierung der Armee 95. Erst wenn die re-dimensionierte Armee mit ihren veränderten Ansprüchen ans EMD steht und gesetzlich verankert ist, liegen die verbindlichen Rahmenbedingungen für die definitive Umgestaltung des Departements vor. Wo möglich, werden Reformschritte vorgezogen. Die Konzeption von EMD 95 ist auf eine längerfristige Zukunft angelegt. Deshalb werden auch weitergehende **Optionen** durchleuchtet, zum Beispiel ein umfassendes **Sicherheitsdepartement**.

Primat der politischen Führung
Unbestritten ist das Primat der politischen Führung. Die

Aufträge an die Instrumente der Sicherheitspolitik werden von **Bundesrat** und **Parlament** festgelegt. Das Departement sorgt für Support und schafft funktionsbezogene Voraussetzungen für die Umsetzung der Aufträge. Es trägt zuhanden der politischen Behörden mit aktiven Impulsen zur Weiterentwicklung der Sicherheits- und Militärpolitik bei.

EMD: auftragsbezogenes Supportsystem

Das EMD muss die Armee als Dienstleistungsbetrieb optimal unterstützen. Unter dem Leitgedanken «das EMD ist für die Armee da, nicht umgekehrt», hat Bundesrat Villiger die Arbeitsgruppe Wittlin beauftragt, **ohne Rücksicht auf bestehende Strukturen** die Schnittstellen zwischen den einzelnen Organisationseinheiten zu untersuchen. Das Kriterium: die Einsatzbereitschaft muss auf leistungsfähigen und einsatzbezogenen Strukturen basieren. Sie definiert die Anforderungen an Ausbildung, Ausrüstung und Support. Wo immer es die Einsatzbereitschaft erlaubt, sind Doppelspurigkeit und Mehrfachunterstellungen zu eliminieren, Hierarchiestufen abzubauen, Entscheid- und Ablaufwege zu verkürzen. Die heutige Vielzahl von Führungs- und Koordinationsgremien wird reduziert. Unnötige oder unverhältnismässige Funktionen werden aufgegeben, eventuell ausgegliedert. Die vom EMD-Chef verlangte, den Vorschlägen der Arbeitsgruppe Wittlin entsprechende Schnittstellenanalyse führt zu einer unvoreingenommenen Überprüfung der heutigen EMD-Gliederungen nach Gruppen, Waffengattungen und Bundesämtern. Unter die Lupe genommen wird auch die Aufgabenteilung zwischen Einsatzführung, Ausbildung, Beschaffung, Versorgung und Unterhalt. Optimierung der Leistungsfähigkeit, Dienstleistungsverständnis und Transparenz sollen auch zur Förderung einer **bürger-nahen Unternehmenskultur** des EMD beitragen.

Kantonale Wehrhoheit nicht betroffen

Die Flieger- und Fliegerabwehrtruppen bleiben als Systemeinheit bestehen. Im Zusammenhang mit der Wahrung der Lufthoheit – oft eine politische Frage – sind direkte Zugänge und rasche Entscheidungen nötig. Von der Departements-

reform nicht betroffen ist die kantonale Wehrhoheit.

Die Arbeitsgruppe Wittlin wird noch dieses Jahr weitere Konkretisierungsschritte vorbereiten und ein Projektmanagement einleiten. Obwohl das Mandat von Dr. Felix Wittlin von Anfang an befristet war, wird er die nächste Etappe noch betreuen und im Hinblick auf die Realisierungsphase die Stabübergabe vorbereiten. Möglicher Nachfolger ist Korpskommandant Werner Jung.

Alarmierende Wissenslücken in Militärfragen

Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger gehen davon aus, dass die Europäische Gemeinschaft (EG) oder die NATO unserem Land im Konfliktfall ohne weiteres zu Hilfe kommen würden. Über 70 Prozent befürchten, dass wegen der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge die Steuern angehoben werden müssten. Dagegen weiss nur jeder Dritte, in welchem Umfang die Armee ab Mitte der neunziger Jahre verkleinert wird.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie über den Kenntnisstand der Bevölkerung bezüglich Armeefragen und Sicherheitspolitik, die vom Marktforschungsinstitut «DemoSCOPE» im Auftrag des Informationsdienstes des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD) im ersten Quartal 1992 durchgeführt wurde.

Insgesamt **1543 Interviews** wurden von «DemoSCOPE» durchgeführt, wobei die Auswahl der Befragten strukturgleich zur Schweizer Bevölkerung (Region, Alter, Geschlecht, Beruf, dienstpflichtig, nicht militärisch eingeteilt usw.) erfolgte. Ziel der Befragung war es, den Wissensstand der Bevölkerung über die **Armee reform 95** und die Entwicklungen auf dem Weg dorthin zu ermitteln.

Mehr Irrtümer als Wissen

Nur knapp die Hälfte der Befragten fühlt sich in Armeebelangen gut oder zumindest einigermaßen informiert. Diese Selbsteinschätzung besteht indessen vor den Tatsachen nur zum Teil: Weder die **Grösse der Armee 95** noch der **Budgetanteil des Militärdepartements**

am gesamten Bundeshaushalt oder der Kostenaufwand für die Beschaffung von neuen **Kampfflugzeugen F/A-18** sind einer Mehrheit der Befragten geläufig. Dafür befürchten sieben von zehn Befragten im Zusammenhang mit dieser Beschaffung Steuererhöhungen. Die irrtümliche Meinung, in einem Konfliktfall würde unserem Land ohne weiteres Hilfe von aussen zuteil, herrscht am meisten vor bei den Deutschschweizern, der jungen Generation, bei höher Gebildeten und sogar bei den Kadern der Armee.

Informationsaufnahme wird verweigert

Neben Osteuropa sehen die Schweizerinnen und Schweizer laut «DemoSCOPE» zunehmend den Orient und den Fernen Osten als «Gefahrenpotentiale». Allerdings verlagert sich das Gefühl von der militärischen Bedrohung hin zur Angst vor grösseren **Migrationswellen**. Vor diesem Hintergrund bietet die Armee immerhin für 35 Prozent der Befragten Schutz vor unerwünschter Einwanderung. Auch Ordnungs-, beziehungsweise Polizeifunktionen sehen 30 Prozent als Aufgabe der Armee. Nur jeder fünfte denkt dagegen an friedenserhaltende Armeemissionen im Ausland.

Dass **Kostenfragen** die Einstellung der Bevölkerung zur Armee stark beeinflussen, lässt sich gemäss den Projektleitern damit erklären, dass gegenwärtig eine **Vielzahl von Problemen** unsere Bürger beschäftigen: Rezession, Arbeitslosigkeit, Zukunftsängste, neue Armut, Migrationsdruck, Nord-Süd-Gefälle, Umweltprobleme usw. Daraus ergebe sich eine **Verweigerung der Informationsaufnahme**; so entstünden Schlagwörter, Clichés und Wunschvorstellungen.

Der bedenklich tiefe Wissensstand über Fakten ist nach Auffassung der Projektleiter allerdings kein Phänomen, dem sich nur das EMD und die Armee gegenübersehen. Vielmehr gelte der gleiche Umstand für die meisten Bereiche der Politik – auch für die Europa-Frage.

Kein Behörden-Entertainment
«DemoSCOPE» zieht aus der Umfrage folgende Schlüsse: Konstante Information, die sich wiederholt, aber nicht wi-

derspricht und die breit auf alle Medien abgestützt ist, fördert den Wissensstand sukzessive. Sie überdauert auch die «Stürme einzelner Geschäfte» und negative Rahmenbedingungen wie Rezession oder Budgetdefizite. Sie füllt die politische und psychologische «Mitte» auf und verhindert damit ein grösseres, gefährliches Vakuum, das – nicht nur in bezug auf Sicherheitspolitik und Landesverteidigung – im politischen Leben der Schweiz zu entstehen droht.

Bundesrat Kaspar Villiger hat erste Schlüsse aus der Studie gezogen: Er will die behördliche Kommunikation in verstärktem Mass an den Empfängern orientieren und den Schritt von der «Ein-Weg-Information» hin zur wirklichen Kommunikation fördern. Fundiertes Wissen als Voraussetzung zur Beurteilungskompetenz ist dem EMD-Chef eine Verpflichtung.

«DemoSCOPE» hat dem EMD eine **Pionierrolle** in Sachen **empfängerorientierter Informationsanalyse** attestiert. Um der offensichtlichen Orientierungslosigkeit der Bevölkerung in Fragen der Sicherheitspolitik zu begegnen und gleichzeitig das Vertrauen in die Regierung zu wecken, sind allerdings weitere Anstrengungen notwendig. Wie der Informationschef des Eidgenössischen Militärdepartements, Daniel Eckmann, betont, soll aber nicht behördliches Entertainment, sondern sachliche, am Empfänger orientierte Information die Leitlinie sein. Nur wer sich der Vergleichbarkeit und Kontrolle aussetze, dürfe Glaubwürdigkeit beanspruchen.

Blauhelm-Botschaft verabschiedet

Friedenserhaltende Operationen sind auch für die Schweiz ein wesentliches Mittel der internationalen Solidarität. Der Bundesrat will deshalb der UNO und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Blauhelm-Truppen zur Verfügung stellen. Er verabschiedete am 24. August 1992 die entsprechende Botschaft an die eidgenössischen Räte.

Beabsichtigt ist eine Gröszenordnung von **600 Angehörigen der Armee**, die sich **freiwillig** zur Verfügung stellen. Gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf senkte der Bundesrat die Kosten deutlich; sie betragen für den Aufbau der Blauhelm-Truppe 76 Millionen Franken, für deren Einsatz pro Jahr 79 Millionen. Zur Bewältigung der administrativen und logistischen Aufgaben benötigen das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) insgesamt 29 zusätzliche Mitarbeiter.

Zweck der Mitwirkung von Schweizer Truppen an friedenserhaltenden Operationen der UNO oder der KSZE ist es, Konflikte gewaltfrei verhindern oder lösen zu helfen. Die Beteiligung an solchen Friedensaktionen steht auch Nicht-UNO-Mitgliedern offen. Der Schweiz erwachsen daraus weder neutralitätsrechtliche noch -politische Probleme. Auch sind derartige Einsätze mit der Bundesverfassung vereinbar; die Grundlagen müssen jedoch in einem **Bundesgesetz** verankert werden.

Nach Inkrafttreten der gesetzlichen Grundlagen und Schaffung der nötigen Verwaltungs- und Ausbildungsstrukturen könnte ein erstes schweizerisches Kontingent in etwa 18 Monaten einsatzbereit sein.

Friedensförderung als Hauptaufgabe

Blauhelm-Einsätze stellen für den Bundesrat eine zeitgemässe Form der «guten Dienste» der Schweiz im Rahmen unserer Solidarität und Disponibilität dar. Im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz hatte er die Friedensförderung zu einem der Hauptaufträge der Armee erklärt. Solche Aktionen helfen in erster Linie den von Konflikten betroffenen Ländern und Völkern, erhöhen indirekt aber auch die Sicherheit der Schweiz.

Organisation und Zusammensetzung der Schweizer Kontingente werden auf die spezifischen Bedürfnisse eines Einsatzes abgestimmt. Ein Kontingent ist **militärisch strukturiert** und bewahrt im Rahmen des Mandats seinen nationalen Charakter. Blauhelm-Einsätze sind stets nur im Einvernehmen mit den jeweili-

Anforderungsprofil für Blauhelme

Für Einsätze mit der schweizerischen Blauhelm-Truppe kommen grundsätzlich Angehörige der Armee **nach bestandener Rekrutenschule** in Betracht. Dies entspricht der Praxis anderer kontingentstellender Staaten im Rahmen der UNO. Ein Anwärter muss unter anderem folgenden **Anforderungen** genügen:

- Charakterfestigkeit
- robuste Gesundheit
- gute Berufs- und Sprachkenntnisse
- nach Möglichkeit Auslandsfahrung

Über die tatsächliche Verwendung wird erst nach bestandener einsatzbezogener Ausbildung entschieden. **Meldestelle** für Interessenten ist:

Stab GGST,
Abteilung Friedenspolitische Massnahmen
3003 Bern, Tel: 031 67 54 03 oder 031 67 37 48

gen Konfliktparteien möglich; sie unterscheiden sich also grundlegend von UNO-Streitkräften zur Durchsetzung von Sanktionen. Zwecks Selbstverteidigung in Notwehr werden Blauhelm-Verbände mit **leichten Waffen** ausgerüstet, während sogenannte Blaumützen (Militärbeobachter, Swiss Medical Unit) nicht bewaffnet sind.

Sechsmonatige Einsätze

Für friedenserhaltende Operationen im Rahmen der UNO und der KSZE kommen **Angehörige der Armee** sowie ausnahmsweise Zivilpersonen mit **besonderen Kenntnissen** in Frage, die sich freiwillig dazu melden. Mit minimalen Anpassungen soll ein bestehender, jedoch noch nicht genau bestimmter Waffenplatz zu einem Blauhelm-Ausbildungszentrum werden. Die Einsätze werden in der Regel sechs Monate dauern. An die Militärdienstpflicht angerechnet werden alle Ausbildungstage in der Schweiz und ein Teil des Einsatzes vor Ort; das Engagement wird jedoch finanziell abgegolten.

Der Bundesrat hat die **Kosten** für die Schweizer Blauhelme nochmals beurteilt und gegenüber dem Vernehmlassungsverfahren erheblich nach unten angepasst: Die Aufwendungen für den Aufbau der Truppe sowie für die laufenden Kosten eines Jahres konnten von 123,4 Millionen auf 76 Millionen Franken reduziert werden. Der Grund: vorläufiger Verzicht auf Radschützenpanzer. Verminderte Sold- und Lohnansätze brachten eine Reduktion der jährlichen Einsatzkosten von 110 auf 79 Millionen Franken; davon übernimmt die UNO erfahrungsgemäss 10 bis 20 Prozent.

Fahrzeugrequisition: Informationen im Telefonbuch

Der Bestand an bundeseigenen Motorfahrzeugen reicht bei weitem nicht aus, um den Bedarf von Armee, Zivilschutz und wirtschaftlicher Landesversorgung im Ernstfall zu decken. Das Bundesamt für Transporttruppen hat deshalb den Auftrag, bereits in normalen Zeiten Vorbereitungen zu treffen, um im Bedarfsfall zivile Fahrzeuge in den Dienst der Allgemeinheit stellen zu können.

Aufgrund von Angaben der kantonalen Strassenverkehrsämter werden die **150 000 benötigten Fahrzeuge** laufend ausgewählt. Deren Besitzern wird vorsorglich mitgeteilt, wo und in welchem Fall ihr Fahrzeug requiriert wird. Dazu wurde bisher nebst den individuellen Angaben eine ausführliche Dokumentation abgegeben.

In den gegenwärtig erscheinenden neuen Telefonbüchern (Ausgabe 1992/93, rot) ist der Inhalt dieser Dokumentation im Anhang enthalten. Damit können die Papierflut eingedämmt, Kosten gespart und die Information über das Requisitionswesen des Bundes verbessert werden. ■